

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Walter Hirche, Rainer Brüderle, Paul K. Friedhoff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/4614 –**

Kraft-Wärme-Kopplung auf dem Prüfstand

A. Problem

Klärung der Kraft-Wärme-Kopplungs-Ausbaustrategie vor dem Hintergrund des Zieles, den Anteil der Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/4614 – abzulehnen.

Berlin, den 30. Mai 2001

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Matthias Wissmann
Vorsitzender

Volker Jung (Düsseldorf)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Volker Jung (Düsseldorf)

I.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/4614 – wurde in der 164. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. April 2001 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie dem Rechtsausschuss, dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder sowie dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II.

Die antragstellende Fraktion der F.D.P. verweist auf den Zwischenbericht des Bundeskabinetts zum Klimaschutzprogramm der Bundesregierung vom 26. Juli 2000 und den Beschluss des Bundeskabinetts vom gleichen Tage, der darauf abzielt, den Anteil der Stromerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Sie verweist ferner darauf, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie bei einer Veranstaltung des Verbandes der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft am 3. November 2000 geäußert hat, das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz vom 12. Mai 2000 sei ein Gesetz, das für die Zukunft nicht benötigt werde. Schließlich erinnern die Antragsteller an eine Vereinbarung der Bundesregierung mit der Industrie- und der Energiewirtschaft vom 9. November 2000, in der sich die Wirtschaft freiwillig verpflichtet hat, die im Zwischenbericht des Bundeskabinetts genannten Zielgrößen aufzustocken. Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung aufgefordert werden, einen Bericht vorzulegen, der die Kraft-Wärme-Kopplungs-Ausbaustrategie der Bundesregierung darlegt. In dem Bericht sollen mögliche Alternativen unter Berücksichtigung aller ökonomischen und ökologisch relevanten Aspekte aufgezeigt werden. Ferner soll das angestrebte Quotenmodell in Vergleich zu einem ordnungsrechtlichen Förderansatz gebracht werden. Schließlich soll die Bundesregierung die Kosten beziffern, die in Umsetzung des Kabinettsbeschlusses vom 26. Juli 2000 anfallen.

III.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und einvernehmlich beschlossen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 96. Sitzung am 16. Mai 2001 beraten und mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS gefasst.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 65. Sitzung am 9. Mai 2001 beschlossen, auf eine Beratung der Vorlage zu verzichten.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mehrheitlich beschlossen, die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS gefasst.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner Sitzung am 20. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und PDS sowie bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS die Ablehnung des Antrages empfohlen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/4614 – in seiner 54. Sitzung am 30. Mai 2001 abschließend beraten und mehrheitlich beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS gefasst.

Berlin, den 30. Mai 2001

Volker Jung (Düsseldorf)
Berichterstatter

